



vfgh

Verfassungsgerichtshof
Österreich

1010 Wien, Freyung 8
Österreich

Mag. Christian Neuwirth
Sprecher des
Verfassungsgerichtshofes
Tel ++43 (1) 531 22-1006
Fax ++43 (1) 531 22-499
christian.neuwirth@vfgh.gv.at
www.verfassungsgerichtshof.at

Presseinformation

VfGH beginnt mit seiner nächsten Session

Beratungen zu Ehe für gleichgeschlechtliche Partner, Rechnungshofkontrolle, NÖ-Wahl

Der Verfassungsgerichtshof beginnt am Donnerstag, 21. November 2013, die Beratungen seiner nächsten Session. Sie werden bis zum Freitag, den 13. Dezember, andauern. Mit der Veröffentlichung erster Entscheidungen ist dann im Jänner des kommenden Jahres zu rechnen. Auf der Tagesordnung der Session sind u.a. folgende Verfahren:

o Anerkennung einer in den Niederlanden geschlossenen Ehe gleichgeschlechtlicher Partner in Österreich?

Zwei niederländische Männer, die seit längerem in Tirol leben, sind nach niederländischem Recht verheiratet, sie haben in den Niederlanden eine Ehe begründet. Um Zweifel auszuschließen, dass ihre Ehe auch in Österreich gültig ist, beantragten sie in Österreich die Wiederholung ihrer Eheschließung. Dies wurde – vom Landeshauptmann von Tirol als letzte Instanz – abgewiesen. Homosexuelle Paare könnten in Österreich eine Eingetragene Partnerschaft begründen, nicht aber eine Ehe schließen, so die Argumentation. Dass dies im EU-Land Niederlande möglich sei, ändere daran nichts. Die Beschwerdeführer wenden sich gegen diese Entscheidung an den Verfassungsgerichtshof.

Sie sehen sich in ihren Grundrechten auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung verletzt. Diese würden sich aus der Verfassung, der Menschenrechtskonvention aber auch aus der EU-Grundrechtecharta ergeben.

o Facebook-Verbot für den ORF

Die 14 Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter müssen sich erneut mit der Frage Facebook-Verbot für den ORF beschäftigen. Der Bundeskommunikationssenat wirft dem ORF – ungeachtet der Aufhebung jener Bestimmung im ORF-Gesetz durch den VfGH, mit der dem ORF die Verlinkung bzw. die Kooperation mit sozialen Netzwerken verboten und die als eigentliches Facebook-Verbot verstanden wurde – erneut vor, im Rahmen seiner Facebook-Seiten das gesetzliche Verbot der „Bereitstellung ständiger Foren“ zu verletzen. Konkret meint die Behörde damit die „Pinwand“ von Facebook. Der ORF hat dagegen eine VfGH-Beschwerde eingebracht. Die Kommentarfunktion sei ein elementarer Bestandteil eines sozialen Netzwerks. Außerdem könne die Kommentarfunktion nicht, wie die Behörde annimmt, „ausgeschaltet“ werden.

Der Verfassungsgerichtshof wird in diesem Verfahren eine **öffentliche mündliche Verhandlung** durchführen, und zwar am

**Donnerstag, 5. Dezember 2013, 10.30 Uhr
(Verhandlungssaal, VfGH, Freyung 8, 1010 Wien)**

o Antrag zum neuen Verwaltungsgericht Wien

Für das Reformvorhaben Verwaltungsgerichte wurde auch in Wien ein eigenes Verwaltungsgericht geschaffen. Die Opposition im Wiener Gemeinderat hält jedoch einige Bestimmungen zu diesem neuen Verwaltungsgericht für verfassungswidrig, die Abgeordneten haben einen entsprechenden Antrag an den VfGH gestellt. So würden Regelungen zur Geschäftsverteilung (mit der im Voraus festgelegt wird, welche Beschwerden welcher Richter/in/welchem Richter zugeteilt werden) nicht dem Recht auf ein faires Verfahren entsprechen, da bei der Erlassung der Geschäftsverteilung dem Präsidenten eine zu starke Position, also zuviel Einfluss, zukomme.

Weiters, so die Abgeordneten, hätten die im Gesetz vorgesehenen „Rechtspfleger“ (das sind nichtrichterliche Organe, die dienstrechtlich dem Magistrat unterstellt sind) eine zu starke Stellung, insbesondere würden sie viele Verfahren gleichsam selber erledigen können.

o Rechnungshof gegen Media Quarter Marx

Der Verfassungsgerichtshof beginnt in der Session mit den Beratungen über die Anträge des Rechnungshofes in Sachen Media Quarter Marx. Mitglieder des Wiener Gemeinderates (Oppositionsparteien) haben eine Gebarungsprüfung des Media Quarter Marx verlangt. Dabei argumentierten die Abgeordneten, dass das Media Quarter Marx von der Gemeinde Wien bzw. von der Wirtschaftsagentur Wien und der Technologieagentur Wien „beherrscht“ würde. Im Zuge der Rechnungshofprüfung des Media Quarter Marx bzw. der Agenturen kam es jedoch zu unterschiedlichen Ansichten darüber, ob der Rechnungshof überhaupt prüfen dürfe und wie weit Fragelisten des Rechnungshofes beantwortet werden müssten. Unterlagen, die der Rechnungshof für seine Prüfung angefordert hatte, wurden zudem nicht oder aus Sicht des Rechnungshofes unzureichend (nämlich geschwärzt) übermittelt. Der Rechnungshof, der auf dem Standpunkt steht, dass das Media Quarter Marx bzw. die Agenturen seiner Kontrolle unterliegen, stellte daraufhin beim Verfassungsgerichtshof die Anträge, zu entscheiden, ob eine Zuständigkeit des Rechnungshofes vorliegt und ob bzw. welche Unterlagen zu übergeben sind.

Die 14 Verfassungsrichterninnen und Verfassungsrichter setzen in der Dezember-Session auch Beratungen zu Fällen fort, die bereits auf der Tagesordnung gestanden sind, jedoch nicht abgeschlossen wurden:

o Wahlanfechtung der Niederösterreichischen Landtagswahl durch die Grünen

o Fortpflanzungsmedizin-Gesetz

(zu beidem siehe [Presseinformation vom 11. September](#))

sowie

o Pensionsreform für ÖBB-Bedienstete

(siehe [Presseinformation vom 5. Juni](#))

Weitere öffentliche Verhandlung:

Dienstag, 26. November 2013, 10.00 Uhr

Beschwerde betreffend eine Bausache in Mutters/Tirol

Presseinformation vom 20. November 2013